

Antrag 28/II/2023**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt (Konsens)****Sicheres Wohnen für queere Menschen in landeseigenen Wohnungen**

1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin und die
2 SPD-Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert
3 in enger Zusammenarbeit mit Vertreter*innen der Zivilge-
4 sellschaft, insb. im Bereich queerer Wohnhilfe tätigen In-
5 itiativen, langfristige Kooperationen für queeres Wohnen
6 im geschützten Marktsegment des Landes Berlin einzu-
7 richten.

8
9 So sollen auch Wohnungen für die Belegung durch von
10 queeren Initiativen betreute Menschen in Notfällen be-
11 reitgehalten werden. Diese Möglichkeit soll in allen Ber-
12 liner Bezirken bestehen und sowohl kurzfristige Notwoh-
13 nungen als auch langfristige Wohnverhältnisse beinhal-
14 ten.

15 • Gemeinsam mit den o.g. Initiativen sollen Anzahl
16 und Kriterien für die Bereitstellung und Vergabe der
17 vorgehaltenen Kontingente erarbeitet, ebenso wie
18 ein Turnus, in welchem diese Kriterien evaluiert wer-
19 den, festgelegt werden.

20 • Die Vergabe muss bürokratiearm und insb. bei Not-
21 fällen zügig erfolgen. Eine aktuelle Übersicht über
22 freie Plätze soll von den Bezirksamtern, sowie durch
23 relevante Träger und Initiativen jederzeit einsehbar
24 sein.

25 • Gleichzeitig werden alle relevanten Akteur*innen
26 der Wohnhilfe durch Fortbildungsmaßnahmen in
27 der Arbeit mit queeren Menschen geschult und In-
28 formationsmaterialien für queere Menschen erar-
29 beitet und zur Verfügung gestellt.

30 • Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin und
31 die SPD-Mitglieder des Berliner Senats werden auf-
32 gefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, be-
33 sondern vulnerablen Bevölkerungsgruppen wie z.B.
34 junge Familien mit Kindern, alleinerziehende Frau-
35 en und queere Menschen mit Priorität bezahlbaren
36 Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.

37

38

39 Begründung

40 Queere Menschen sind von der Wohnungskrise in Ber-
41 lin außergewöhnlich betroffen. Sie erfahren bei der Woh-
42 nungssuche oft Diskriminierung und sind ebenfalls au-
43 ßergewöhnlich armutsbetroffen. Insbesondere queere Ju-
44 gendliche, die Gewalt und Diskriminierung erfahren,
45 brauchen neben Beratung auch oft Notfallwohnungen,
46 wenn sie in ihrer bisherigen Wohnsituation nicht verblei-
47 ben können. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Not-
48 wohnungen für queere Menschen ist in Berlin aber deut-

49 lich zu gering. Initiativen der queeren Wohnhilfe berichten
50 außerdem, dass die Zusammenarbeit mit den landeseigenen
51 Wohnungsbaugesellschaften immer schwieriger ge-
52 worden ist. Durch die in diesem Antrag geforderte konzer-
53 tierte Aktion von Senat, Abgeordnetenhaus und Zivilge-
54 sellschaft soll diesem dramatischen Mangel kraftvoll und
55 nachhaltig begegnet werden.